

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erweitert täglich mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Erschließung monatlich 3 Mk., durch unsere Verkäufer gegen Nachnahme in der Stadt monatlich 2.50 Mk., auf dem Lande 3.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postholde sowie unsere Auslieferer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1.50 Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile ober deren Raum, Restraum, die 2 spaltige Korpuszeile 3.00 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2 gespaltene Korpuszeile 4.50 Mk. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme die vierteljährlich 10 Mk. für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Inhaltanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruhestellung gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 244.

Dienstag den 18. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach einer letzten entscheidenden Sitzung der Vorkonferenz sollen die Beschlüsse über Oberschlesien am Dienstag in Berlin und Warschau bekanntgegeben werden.

* Die Devisenkauf hat sich infolge der ober-schlesischen Beschlüsse scharf fortgesetzt. Am Sonnabend wurde an der Berliner Börse der Dollar vorübergehend mit 150, der holländische Gulden mit über 60 Mark gehandelt.

* Der Hauptauskauf des Preussischen Landtags genehmigte einen Betrag von sechs Millionen zur Unterstützung der Opfer von Oppau.

* Der Ausnahmezustand in Bayern ist aufgehoben. Damit haben auch die Staatskommissare ihre Tätigkeit beendet.

* Die englische Regierung hat die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien angenommen.

Man ist einig.

Einen Tag oder zwei hat es so gemeinen, als wenn auch in diesem Stadium der Oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich ernsthafte Meinungsverschiedenheiten entstehen sollten. Lloyd George hielt sich zwar diesmal persönlich stark zurück, aber seine Behauptungen hatten noch nicht vergessen, was er — wie lange ist es her? — in sehr verständlichen Reden vor der ganzen Welt über die notwendige Gerechtigkeit für Oberschlesien gesagt hatte. Und im ersten Augenblick mochten sie glauben, daß der britische Premierminister zu den Männern gehöre, deren Ja — Ja und deren Nein — Nein bedeutet. Man verfaßt merkwürdigerweise immer wieder in den Zeitungen, daß Männer des öffentlichen Lebens es für ihre Aufgabe hielten, sozusagen ewige Wahrheiten von sich zu geben, während sie doch in der Tat nur daran denken, in jedem Augenblick das zu tun oder zu sagen, was ihnen nach Lage der Verhältnisse am zweckmäßigsten erscheint. Und von Lloyd George insbesondere sollte man nachgerade überall wissen, daß er alles andere eher als eine Behauptung ist: Er sieht — denn er will nicht fallen — und er kann auch anders, wo und so oft es sein muß. So blieb er seinen Wählern schuldig ab, und nach zweimal vierundzwanzig Stunden ist wieder einmal volles Einverständnis zwischen England und Frankreich hergestellt. Was vorher wirtschaftlich unmöglich schien, jetzt ist und verständlich, das wird jetzt glatt akzeptiert, nachdem Herr Balfour, der britische Vertreter in Genf, seinen Segen dazu gegeben hat, und Polen kann nun, nachdem Frankreich ihm alles zutriebe getan, auch mit England von Herzen zufrieden sein.

Doch ist es noch lange nicht aller Tage Abend, auch wenn die Vorkonferenz am Dienstag oder Mittwoch die Weisheit von Genf sich vollends zu eigen gemacht haben wird. Diese Weisheit besteht einmal darin, daß eine neue Grenzlinie für Oberschlesien gezogen, dann aber darin, daß versucht wird, trotz der politischen Trennung des Industriegebietes seine wirtschaftliche Einheit aufrecht zu erhalten, und daß zu diesem Zweck weitgehende und vielfältige Abmachungen zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen werden. Noch sind Einzelheiten über diesen sonderbaren Gedanken und die Art seiner Ausführung nicht bekannt geworden. Aber der Druck und der Zwang der Entente muß natürlich da aufhören, wo außerhalb des Friedensvertrages von Versailles Deutschland sowohl wie Polen Dinge zugunsten werden, die nur bei Freiwilligkeit auf beiden Seiten zu leisten sind. In Warschau zeigt man sich einseitig über die Genfer Lösung, soweit dieser Punkt in Frage kommt, einigermassen betroffen: man möchte wohl jubeln über die fetten Beute, die der Völkerbund wieder einmal für Polen aus dem Leibe des deutschen Volkes herausgeschneitten hat; man hält sich aber noch vorsichtig zurück, weil nicht mit Sicherheit zu ersehen ist, ob nicht etwa mit der rechten Hand genommen werden soll, was die Linke gegeben hat.

Uns soll nur genommen, nichts gegeben werden. Wir haben also gar keine Ursache zu befürchten, daß uns bei verfrühter Stellungnahme zu den „Empfehlungen“ des Völkerbundes irgend ein Vorteil verloren gehen könnte, auf den wir bei unserer nahezu verzweifelt Lage unter keinen Umständen verzichten dürften. Aber selbst wenn dem nicht so wäre — lernt erst einmal das Volk der Polen kennen, und ihr werdet wissen, daß noch niemals jemand zu seinem Recht gekommen ist, der sich mit ihnen unter der Voraussetzung ehrlicher und gewissenhafter Vertragserfüllung auf Abmachungen eingelassen hat. Die letzten, die davon ein Liedchen zu singen wissen, sind die Bewohner von Danzig. Auch diesen famosen „Freistaat“ hat der Völkerbund so unglücklich konstruiert, daß er auf Leben und Sterben mit Polen zusammengeklebt ist. Auch hier ergab sich daraus die Notwendigkeit zu Verträgen über Eisenbahnen, über den Hafen und seine Anlagen und über Zoll- und Wirtschaftsfragen aller Art, und man weiß, daß es Monate gedauert hat, ehe nur die dringendsten Fragen erledigt werden konnten. Wiederholt mußte Danzig, um sich auch nur vor den schlimmsten Forderungen zu retten, in London, in Paris und schließlich in Genf sein Recht suchen, und zumeist ist es — man denke nur an die Frage des militärischen „Schutzes“ des Freistaates — dabei zu

sehr faulen Kompromissen gekommen. Das weitere, muß der Zukunft, muß der praktischen Arbeit des Völkerbundes überlassen bleiben, und die deutschen Danziger haben, ebenso wie andere Leute auch, die Hoffnung, daß der jammervolle Zustand des Völkerbundes sie schließlich vielleicht noch vor dem Schlimmsten bewahren werde.

Wenn Oberschlesien wirklich zu einer Art wirtschaftlichen Freistaat verurteilt werden sollte, unter Anheimgabe an Deutschland und Polen, die näheren Modalitäten über die Verwaltung dieses Kunstproduktes zu vereinbaren, so dürften sich auch hier ähnliche Verhältnisse entwickeln, wie sie sich in Danzig herausgebildet haben. Die deutsche Regierung wird es vielleicht nicht ablehnen, nicht ablehnen können, Vertragsversuche darüber mit Polen einzuleiten. Dazu würden dann eine Verwaltungs- und eine Kontrollkommission kommen, Körperschaften von der Art, wie sie sich im Rheinland und im Saargebiet ja schon ganz hervorragend „bewährt“ haben. Leider nur auf Kosten unserer deutschen Landbesitzer im Westen! Kein Mensch kann hoffen, daß unsere deutschen Landbesitzer im Südosten bessere Erfahrungen machen werden. Aber Briand will es so, und Lloyd George ist sein Prophet. Da muß das Selbstbestimmungsrecht der Völker, da müssen Glück und Wohlstand einer ganzen reichen Provinz unwiderruflich die Segel freisetzen!

Die Volkstreckung.

In Berner politischen Kreisen hat man erfahren, daß die Alliierten am Dienstag der deutschen Regierung die Entscheidung über die Aufteilung Oberschlesiens offiziell mitteilen werden. Die Mitteilung soll gleichzeitig in Berlin und Warschau erfolgen. Gleichzeitig sollen die deutsche und die polnische Regierung aufgefordert werden, am Donnerstag mit der Befestigung und der Verwaltung der ihnen nach der Aufteilung Oberschlesiens zugewiesenen Gebiete zu beginnen. Man nimmt an, daß der Reichstag am nächsten Freitag zusammenzutreten wird. — Nach einer Berechnung des „Matin“ sollen durch den Vorschlag des Völkerbundes Polen 81 Prozent der Kohlenförderung, 70 Prozent der Eisenerzeugung und sämtliche Zinkminen überlassen werden.

„Keine ideale Lösung.“

Ein Vertreter der Interalliierten Kommission in Opatowitz machte ein bemerkenswertes Eingeständnis zur Genfer Entscheidung. Er sagte u. a.:

Die Kommission weiß, daß eine ideale Lösung des ober-schlesischen Problems auch dem Völkerbundrat nicht gefunden werden, sondern, daß eine Teilung Oberschlesiens eintreten wird, so schnell wie diese Lösung auch für beide Teile sein mag. Die Kommission ist der Ansicht, daß trotz der auf beiden Seiten vorhandenen Nervosität die Einsicht steigen wird und daß die Bevölkerung die Entscheidung in Ruhe und Selbstacht annehmen wird. Davon hängt es ab, ob die Kommission laut Friedensvertrag ihre Mission einen Monat nach der gefällten Entscheidung wird beenden können.

Der Völkerbund verständigt sich.

London. Das Londoner Bureau des Völkerbundes hat eine längere Erklärung über die Entscheidung des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage veröffentlicht, die „Daily Chronicle“ unter der Überschrift: „Die Verteidigung des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage“ bringt. Es heißt darin, die Arbeit des Völkerbundesauschusses habe zu dem deutschen Schluß geführt, daß das ober-schlesische Problem nicht nur durch Festlegung einer Linie gelöst werden könne, die ausschließlich auf Abstimmungsabwägungen und wirtschaftliche Erwägungen oder auf irgend einen Ausgleich begründet sei. Sachverständige von Auf seien angewiesen worden, die wirtschaftlichen Maßnahmen zu unteruchen, die notwendig sein würden, um eine Störung der bisherigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhüten.

Unberechtigte Forderungen

Reynes prüft die Reparationsrechnung.

Leider sind es nur vereinzelte Stimmen und leider nur private, die in den Entente-Ländern sich für die Veranlassung aussprechen. Im Geiste des Wahnsinnes verhalten sie, und an der Mauer der Gleichgültigkeit stoßen sie ab. In London tagt zurzeit eine Konferenz für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Weltfrieden. Auf ihr hielt der bekannte englische Volkswirtschaftler Keynes eine bemerkenswerte Rede.

„Astronomische“ Zahlen.

Während der Friedenskonferenz, sagte Keynes, hätten die Deutschen den Kopf verloren und in Zahlen von astronomischer Größe über Summen gesprochen, die Deutschland zahlen müsse für den Schaden, den es angerichtet habe. Die Deutschen seien jetzt ruhiger und in der Lage, diese Fragen vernünftig zu besprechen. Man sei jetzt in der Lage, genauer zu beurteilen, was es kosten würde, um den von Deutschland in Nordfrankreich angerichteten Schaden wieder gutzumachen. In Nordfrankreich seien etwa 300 000 Häuser zerstört und weitere 300 000 Häuser beschädigt worden. Angenommen, jedes der 300 000 Häuser koste tausend Pfund, so würde dies

weniger betragen als die Zinsen,

die Deutschland jetzt in einem Jahr bezahlen müsse. Frankreich habe durch den Mangel an Kohlen ungeheuer gelitten. Der Verlust sei jedoch nicht so groß, wie die Leute gemeinhin annähmen. Die Erzeugung der französischen Kohlenbergwerke betrug den zwanzigsten Teil der Kohlenenerzeugung

Großbritanniens. Auch hier liegt die Summe im Bereich der deutschen Zahlungsfähigkeit. Das gleiche gelte von der Wiederherstellung der verwüsteten Felder.

Wenn man den gesamten Schaden zusammenrechne, so bestimme kein Grund, weshalb Deutschland ihn nicht innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit wieder gutzumachen könne. Die Rechnung für Reparationsforderungen. Die anderen zwei Drittel enthielten Reparationsforderungen. Diese Forderung steht im Widerspruch zu dem, was sich die Alliierten beim Abschluß des Waffenstillstandes verpflichtet hatten.

Die Protestbewegung.

Rundgebungen im ganzen Reich.

Die Genfer Beschlüsse haben nicht nur in Oberschlesien eine tiefgehende Erregung ausgelöst, die man dort mit steigender Befürchtung beobachtet, sondern auch im ganzen Reich eine laute Empörung geweckt, die in zahlreichen Ansprachen, Telegrammen und Entschuldigungen ihren Ausdruck findet. Davon seien folgende hervorgehoben:

Der schlesische Städtetag richtete an den Reichskanzler ein Telegramm, worin er sagt, daß kein Deutscher, kein Schlesier, vor allem kein ober-schlesischer sich jemals der Entscheidung des Völkerbundes widerprüchlich beugen kann. Schlesiens gesunde Kraft beruhe nicht zuletzt in dem Bewußtsein seiner Einheit. Wer sie mit fremder Hand auszunutzen trauere, raube ihnen die auf gemeinsamer Arbeit beruhende Lebensfähigkeit.

Die deutsche Studentenschaft wendet sich in dieser Stunde der Not an die akademische Jugend aller Länder. Sie ruft ihr zu: Wie lange noch sollen Wahrheit und Recht vergeblich werden? Wann endlich wird das Rechtsgefühl der gesamten Welt sich aufbäumen gegen diese Ungeheuerlichkeit? Nicht um Hilfe, nicht um Gnade geht unser Ruf; wir fordern nur eines: Gerechtigkeit.

Der sozialdemokratische schlesische Ministerpräsident Bud forderte in einer Rede, daß Oberschlesien, das an dem wirtschaftlichen Aufstieg in der Vorkriegszeit hervorragend beteiligt war, ungerecht bei Deutschland verbleibe. Wenn das ober-schlesische Industriegebiet als reise Frucht dem polnischen Volke übergeben werde, dann sei auch die Arbeiterkraft dieser jungen Nation gelähmt.

Im braunschweigischen Landtag wurde eine Erklärung gebilligt, in welcher dem tiefsten Schmerz über die geplante Zerstückelung Oberschlesiens Ausdruck gegeben und weiter gesagt wurde: Der Völkerbund hat unüberprüfbar nachrichtlich in einer Weise über das ober-schlesische Gebiet verfügt, wie es weder durch das Ergebnis der Volksabstimmung noch durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes gerechtfertigt ist. Die Loslösung deutscher Gebiete mit allem, was deutsche Tatkraft und deutscher Geist geschaffen hat, bedeutet eine Vergeßlichkeit des deutschen Volkes.

„Bis hierher reicht Italien.“

Der Denkein auf dem Brenner.

Die Karte des Königs und der Königin von Italien in die geräubten Gebiete Tirols hat sich bis zum nördlichsten Punkt, dem Brenner, erstreckt. Dort wurde nördlich des Poels „Alpenrose“ ein großer Grenzstein errichtet, der in lateinischer Sprache folgende Aufschrift trägt: „Grenze zwischen Italien und Österreich, durch den Vertrag von St. Germain gezeichnet: Bis hierher reicht Italien.“ In seiner Ansprache an den König sprach Generalkommissar Credare von der „ewigen Pforte Italiens“, während die anwesenden Faschisten riefen: „Hier bleiben wir! Von hier gehen wir nicht weg!“

Das „bestrafte“ Bozen.

Im Gegensatz zu Bozen, wo dem König von Italien ein sehr feierlicher Empfang bereitet wurde und die deutsche Bevölkerung sich vollkommen bereitete, wurde der König in Meran sehr kühn aufgenommen. Die Gemeinde errichtete eine Triumphpforte, die Häuser waren geflaggt und abends illuminiert. Das hat dem König offenbar gefallen, während die geringe Begeisterung in Bozen, wie italienische Blätter zu melden wissen, nicht ungefühlt bleiben soll. Für den Fall nämlich, daß Südtirol in einen deutschen und in einen italienischen Teil getrennt wird, soll Meran zur Hauptstadt des deutschen Teiles proklamiert werden, während Bozen leer ausgehen wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die „Sanktionen“ sollen bleiben.

Das Pariser Blatt „Liberté“ behauptet zu wissen, daß der französische Minister sich in der Frage der militärischen Sanktionen am Rhein dahin geäußert habe, daß in keiner Weise von einer Aufhebung der militärischen Sanktionen die Rede sein könne. Abgesehen davon, daß der Standpunkt der französischen Regierung in dieser Frage nach wie vor sehr klar sei, habe sich auch in Deutschland nichts ereignet, was einen Grund zur Freigabe der notwendigen Garantien hätte geben können. — Man scheint in Frankreich absichtlich verstanden zu haben, daß der Grund für die Einführung der Gewaltmaßnahmen längst beseitigt geworden ist, so daß es neuer „Gegensätze“ in Deutschland überhaupt nicht bedarf, um dieses schreiende Unrecht schärfen aufzuheben.

Gerzt gegen Wirth.

In einer deutschen nationalen Wählerversammlung in